

Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

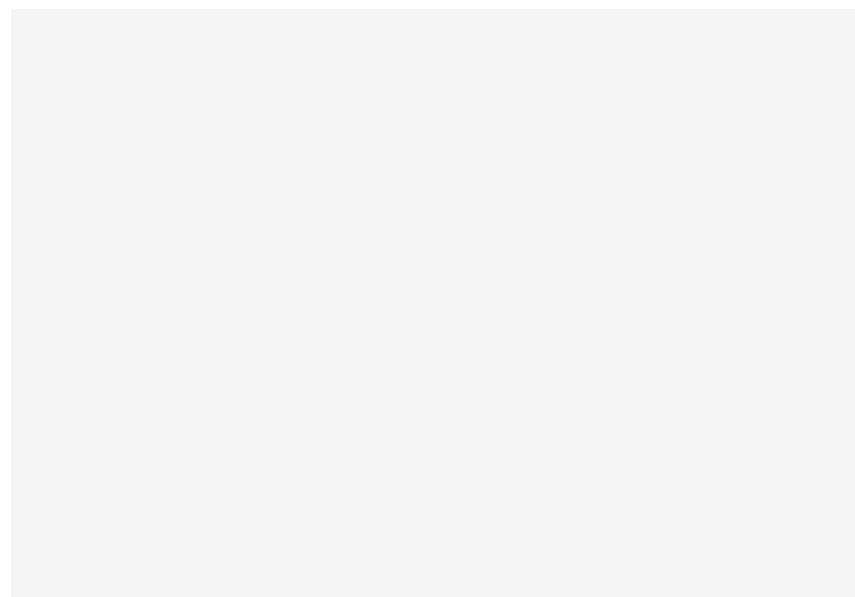
Die selbsternannten Heimatschützer irren: Die Schweizer Neutralität ist nicht bedroht – im Gegenteil

Der Ukraine-Krieg hat hierzulande eine heftige Debatte über Einmischung und Abseitsstehen entfacht. Dabei verfolgt der Bundesrat seit dreissig Jahren eine klare Politik – kommuniziert sie aber schlecht. Und er müsste noch weiter gehen.

Marc Tribelhorn

5 Kommentare →

20.04.2022, 05:30 Uhr



Neutralität als ständige sicherheitspolitische Aufgabe: Soldaten malen während des Zweiten Weltkriegs das Schweizer Hoheitszeichen auf ein Hausdach an der Landesgrenze.

Theodor Struebin / Keystone

Man könnte das Neutralitätstheater, das die SVP aufführt, als Politfolklore abtun, als ewige Reprise. Wäre die Lage nur nicht so ernst angesichts von Wladimir Putins Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Seit der Bundesrat die Sanktionen der EU gegenüber Russland mitträgt, poltert der Parteidoyen Christoph Blocher: «Wer hier mitmacht, ist eine Kriegspartei.» Sein Parteichef Marco Chiesa schiesst auf Bundespräsident Ignazio Cassis, der sich auf dem Bundesplatz mit der Ukraine solidarisch zeigte: «Er hat unsere Neutralität zerstört.» Und Roger Köppel, wortgewaltiger Nationalrat mit eigener Zeitschrift, ruft an

einer Parteiversammlung in Hamlet-Manier gar die Überlebensfrage aus: «Schweiz – Ja oder Nein? (. . .) Es geht ums Ganze. Es geht um die Grundlage der Schweiz, um das, was unsere schweizerische Neutralität ausmacht.»

Die wählerstärkste Partei des Landes liebäugelt mit einer Volksinitiative zur «Rettung» der Neutralität. Den Medien diktierte Blocher: «Die schweizerische Neutralität ist dauernd, bewaffnet, umfassend, wie sie es immer war.» Das soll irgendwie in die Bundesverfassung. Schon 2007 hatte die SVP mit einer solchen Initiative gedroht, als ihr die «aktive Neutralität» von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey auf die Nerven ging. Nun ist es also wieder so weit – die Kandidatur der Schweiz als nichtständiges Mitglied des Uno-Sicherheitsrats und die Positionierung im Ukraine-Krieg scheinen Anlass genug. Doch die selbsternannten Heimatschützer unterliegen einem Grundlagenirrtum: Die schweizerische Neutralität ist nicht bedroht. Im Gegenteil.

Doktrinär war gestern

Der politischen Debatte über die Neutralität mangelt es seit langem an Wissen und Weitsicht. Meist wird nicht einmal zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik unterschieden. Völkerrechtlich bedeutet Neutralität primär nur: keine Teilnahme an Kriegen zwischen anderen Staaten und keine Unterstützung einer kriegführenden Partei mit Waffen oder Truppen. Das zwingt weder zu Gesinnungsneutralität noch zu Passivität. Interpretationssache ist indes die Neutralitätspolitik, also alle Massnahmen, die ein Staat über seine neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinaus trifft, um seine Glaubwürdigkeit zu sichern. Vor allem aber ist die Neutralität nicht Selbstzweck oder Staatsziel, sondern ein aussenpolitisches Instrument, um ein Land möglichst schadlos durch die Weltgeschichte zu steuern. Sprich: um Unabhängigkeit und Sicherheit zu wahren.

So gesehen ist die Schweizer Neutralität tatsächlich (und dank einigen glücklichen Fügungen, etwa während der beiden Weltkriege) ein jahrhundertealtes Erfolgsrezept. Nur zeigt der Blick in die Geschichte, dass es die Neutralität, wie sie laut Blocher «immer war», gar nicht gibt. Sie wurde hierzulande schon immer flexibel-opportunistisch gehandhabt – und auch verletzt.

Der Erkenntnisgewinn ist daher bescheiden, wenn historische Bonmots ohne Kontext als letztgültige Wahrheiten verkauft werden, zum Beispiel Bruder Klaus' «Mischt euch nicht in fremde Händel». Wie freihändig

Zitate aus der Vergangenheit vereinnahmt werden, zeigt dieser Tage der SVP-Mann Köppel. Fast schon obsessiv zitiert er den legendären NZZ-Chefredaktor Willy Bretscher, der nach Hitlers Einmarsch in Polen 1939 schrieb: «Die Neutralität der Schweiz ist uneingeschränkt absolut. Sie unterliegt keinen Vorbehalten, keiner Differenzierung mehr.»

Einmal abgesehen davon, dass Bretscher nie publizistisch mit Diktatoren kuschelte, sondern Klartext schrieb und damit den Hass der Nazis auf sich zog: Die Zeitumstände sind entscheidend – und waren damals völlig andere als heute. Die Schweiz war umgeben von untereinander verfeindeten Mächten, alles andere als «stillsitzen» wäre selbstmörderisch gewesen. In der Nachkriegszeit indes plädierte der gewiefte Aussenpolitiker Bretscher vehement für eine aktive Rolle der Schweiz in der Welt, für den Beitritt in den Europarat und in die Uno, ohne dabei auf die Neutralität zu verzichten.

Die Schweiz hat längst diesen Weg eingeschlagen, auch wenn sie während des Kalten Kriegs ihre Neutralität noch mythisch überhöhte und rigide auslegte: Aussenpolitik war in jenen Jahrzehnten vor allem Aussenwirtschaftspolitik kombiniert mit einem Solidaritätsmix aus humanitärer Hilfe, Guten Diensten und Entwicklungsgeldern. Westliche Sanktionen lehnte die Schweiz kategorisch ab und handelte – neutral wie man eben war – auch weiter mit boykottierten Unrechtsregimen, sei es mit Khomeinys Iran, Argentinien's Militärdiktatur oder dem Apartheid-Südafrika. Gewiss, diese Schlaumeierei warf Profite ab, doch Moralisten überschätzen deren Bedeutung bis heute massiv. Wie pragmatisch die Schweiz selbst in dieser doktrinären Phase handelte, beweisen die klammheimlich übernommenen Embargomassnahmen gegen die sozialistischen Ostblockstaaten, denen man sich erst auf Druck der USA anschloss.

Nach dem Fall der Mauer tarierte die Schweiz das Spannungsfeld zwischen exportorientierter Wirtschaftspolitik und wertorientierter Aussenpolitik neu aus. Konkret bedeutet das: mehr Kooperation und mehr Partizipation. «Dieser Haltung liegt die Einsicht zugrunde, dass das Schicksal der Schweiz untrennbar mit dem Schicksal Europas und der Welt verbunden ist», heisst es im «Bericht zur Neutralität» von 1993, der bis heute die Schweizer Praxis definiert. Schon seit der völkerrechtswidrigen Besetzung Kuwaits durch Saddam Hussein im Jahr 1990 beteiligt sich das Land an den Wirtschaftssanktionen des Uno-Sicherheitsrats.

Der Bericht des Bundesrats geht aber noch weiter: «Wenn

Wirtschaftssanktionen ausserhalb der Vereinten Nationen gegenüber einem Rechtsbrecher oder Friedensstörer ergriffen werden, der Völkerrecht oder andere gemeinsam eingegangene Verpflichtungen verletzt hat, so können diese Massnahmen eine dem Frieden dienende Ordnungsfunktion haben. Sie stehen dann mit Sinn und Geist der Neutralität im Einklang.» Seit 1998 hat die Schweiz denn auch die meisten EU-Sanktionen übernommen, was ihren Neutralitätsstatus und ihre Rolle als Vermittlerin in Konflikten nicht geschwächt hat.

Die gegenwärtig gegen Russland ergriffenen Sanktionen fügen sich also in die bewährte Praxis der letzten dreissig Jahre, obwohl sie in ihrem Umfang bis anhin einmalig sind. Weitergehende Massnahmen, wie zum Beispiel Lieferungen von Waffen oder Dual-Use-Gütern an die Ukraine, bleiben selbstverständlich tabu.

Völkerrecht als Maxime

Wer weiter an der Richtigkeit des Entscheids zweifelt, kann sich überlegen, was passiert wäre, hätte sich die Schweiz den Sanktionen nicht angeschlossen oder nur Umgehungsgeschäfte verhindert. Das Abseitsstehen wäre genauso als politisches Statement verstanden worden, denn profitiert hätte davon der Aggressor. So stellt sich letztlich die Frage, in wessen Gesellschaft man lieber angetroffen wird: in jener der westlichen Demokratien, die das Völkerrecht hochhalten, oder jener eines russischen Kriegsverbrechers.

Die Reaktionen aus dem Kreml, der die Schweiz etwa auf eine Liste von «unfreundlichen Staaten» setzte, haben uns nicht zu bekümmern. Das gehört zum diplomatischen Powerplay: Bereits nach der Krim-Annexion 2014 hatte Russland der Eidgenossenschaft vorgeworfen, nicht mehr neutral zu sein. Auch die Kritik von der anderen Seite, die Schweiz tue zu wenig, sollte uns nicht nervös machen. Den Kriegführenden sind die Neutralen immer suspekt. Dass aber in internationalen Medien vom «Ende der Neutralität» zu lesen war und sich sogar der amerikanische Präsident in seiner Rede zur Lage der Nation dahingehend äusserte, muss uns zu denken geben.

Die Schweiz hat es in den letzten Jahren verpasst, ihre über weite Strecken kohärente Neutralitätspraxis dem Ausland zu erklären und das Klischee der «Geschäftlmacherin» zu entkräften. Jetzt muss mühsam nachgeputzt werden, was peinlich ist: Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit sind bekanntlich die grössten Güter der Aussenpolitik. Der Bundesrat und seine Diplomaten sind also gefordert.

Aber auch gegenüber der eigenen Bevölkerung muss die Regierung ihren Standpunkt besser kommunizieren. Gefragt ist besonders Bundespräsident und Aussenminister Cassis, der im Zusammenhang mit den nur zögerlich ergriffenen Sanktionen missverständlich von einer «Zeitenwende» sprach und sich dann von der SVP vor sich hertreiben liess. Er tat schliesslich, was Magistraten meistens tun, wenn sie in der Kritik stehen: Er gab einen Bericht in Auftrag – zur Neutralität der Schweiz. Trüge dieser indes dazu bei, in turbulenten Zeiten die Debatte über Zustand und Zukunft dieses aussenpolitischen Instruments zu versachlichen, wäre schon viel gewonnen.

Klar ist bereits jetzt, dass die Schweiz den Weg der engagierten Neutralität weitergehen muss. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat schonungslos in Erinnerung gerufen, wie verletzlich Staaten sind – eine Tatsache, die gerade auf der Friedensinsel Schweiz gerne verdrängt worden ist. Für den neutralen Kleinstaat ist es von besonderer Bedeutung, dass eine auf dem Völkerrecht und dem Gewaltverbot beruhende Friedensordnung besteht, dass das internationale Sicherheitssystem funktioniert. Der angestrebte Sitz im Uno-Sicherheitsrat ist eine Chance für die Schweiz, Verantwortung zu übernehmen. Sie wird aber nicht darum herumkommen, künftig mehr beizutragen zur europäischen Sicherheitsarchitektur. Die Teilnahme am Nato-Programm «Partnerschaft für den Frieden» und das Stellen der Swisscoy-Truppe in Kosovo werden nicht mehr genügen. Die Eidgenossenschaft profitiert seit langem vom Schutzschirm, den die Nato aufgespannt hat.

Ein Beitritt zum Verteidigungsbündnis kommt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht infrage – auch wenn die bisher neutralen EU-Staaten Schweden und Finnland nun genau diese Option prüfen. Das Zauberwort für die Schweiz lautet Interoperabilität: Abstimmung der militärischen Systeme, gemeinsame Übungen, allenfalls sogar die Übernahme von Sicherungsaufgaben im Alpenraum. Das setzt aber voraus, dass die Schweiz jetzt ihre armeepolitischen Hausaufgaben macht und beschafft, was neben den F-35-Kampffjets noch alles beschafft werden muss. Nur so bleibt die bewaffnete Neutralität glaubwürdig. Und nur so wird die Schweiz nicht zur Sicherheitslücke mitten in Europa.

5 Kommentare

J. K. vor etwa 2 Stunden

4 Empfehlungen

„Das Abseitsstehen wäre genauso als politisches Statement verstanden worden ...“ Ca. 2/3 aller Nationen weltweit (Südamerika, Afrika, Südasien) haben sich nicht den Sanktionen angeschlossen und Streben auch nicht plötzlich eine Anlehnung an die NATO an. Offenbar kann man sich also

neutraler verhalten, ohne dass es als politisches Statement verstanden wird.

Franco Del Principe vor 29 Minuten

2 Empfehlungen

Besten Dank für dieses Plädoyer eines engagierten Citoyens für eine moderne Schweiz, die nicht abseits stehen will. Ich bin damit vollkommen einverstanden. Äusserungen von SVP Exponenten sind genau so zu behandeln, wie kolportierte Klischees über die Schweiz: ignorieren.

Alle Kommentare anzeigen

Passend zum Artikel

- 

Die Schweiz und die Nato – wie viel Kooperation ist möglich?

19.04.2022


- 

INTERVIEW

«Herr Blochers Aussage ist völlig daneben» – der Neutralitätshistoriker Marco Jorio im Interview

14.03.2022


- 

GASTKOMMENTAR

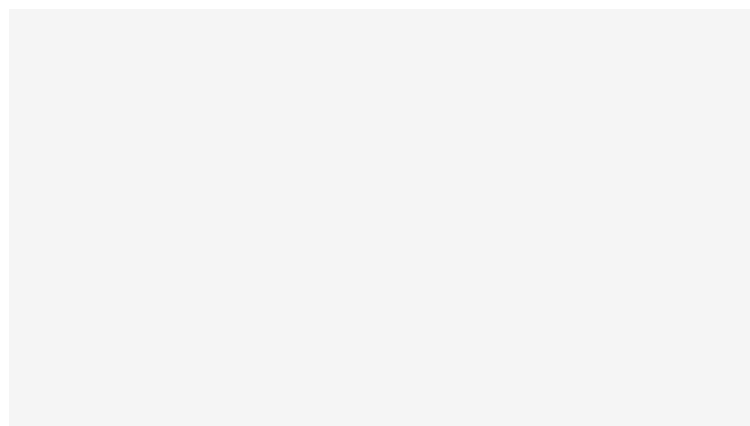
Das Ende der Igel-Schweiz: Die Zusammenarbeit mit der Nato muss massiv verstärkt werden

08.04.2022



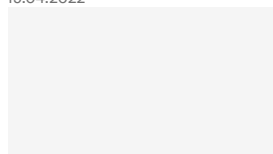
Mehr zum Thema SVP

Alle Artikel zum Thema >



Von 180 auf 150: Die Zürcher SVP will den Kantonsrat verkleinern. Ums Geld geht es ihr dabei nur am Rande

19.04.2022

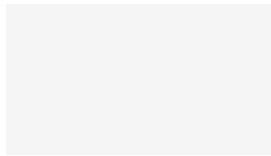


ERKLÄRT

Zürcher Wahlen 2023: Die Kandidaturen für den Regierungsrat werden klarer – eine Übersicht

13.04.2022





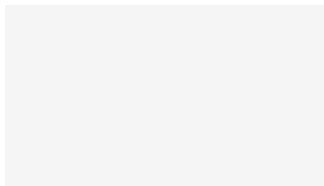
Der Kanton Zürich soll den Schutz des Klimas als Auftrag in seine Verfassung schreiben – der SVP geht das zu weit

10.04.2022



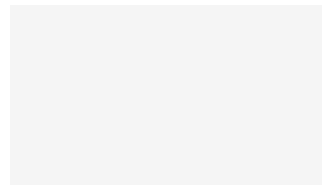
Für Sie empfohlen

Weitere Artikel >



Krieg in der Ukraine: Die Welt hinter Butscha

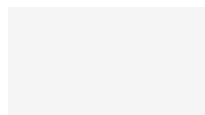
vor 4 Stunden



Kinderlose Witwen erhalten eine Rente, Witwer mit Nachwuchs gehen leer aus – die altertümlichen Regeln der AHV überfordern die Politik

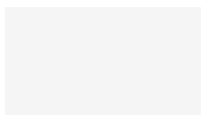
vor 4 Stunden





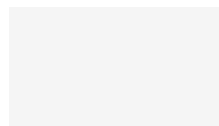
**Brasilien holt
den
weltberühmten
«Carnaval»
nach – aber
nicht für
Normalbürger**

vor 4 Stunden



**Gegen Ende
des Lebens
lässt die
Unschlüssigkeit
darüber,
weshalb wir
sind, was wir
sind,
keineswegs
nach**

vor 4 Stunden



KURZMELDUNGEN

**Kultur: Der
Aktionskünstler
Hermann
Nitsch ist tot
+++ Pianist
Radu Lupu in
Lausanne
gestorben**

• [Aktualisiert](#)
19.04.2022



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung,
Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne
vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.